

Die jüdisch-christliche Tradition als kritisches Ferment innerhalb der Linken

Ich möchte mit einem Text aus der Tradition der katholischen Kirche Westdeutschlands beginnen, der inzwischen ein halbes Jahrhundert alt und dennoch aktueller denn je ist. Er stammt aus dem Beschluss der Würzburger Synode vom Jahr 1975, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, das Zweite Vatikanische Konzil konkret für die westdeutsche Kirche umzusetzen. Das Synodenpapier *Unsere Hoffnung* stammt bekanntlich aus der Feder von Johann Baptist Metz. Darin heißt es unter anderem:

Mit zunehmender Deutlichkeit erfahren wir heute, [...] dass die Grenzen der wirtschaftlichen Expansion, die Grenzen des Rohstoff- und Energieverbrauchs, die Grenzen des Lebensraums, die Grenzen der Umwelt- und Naturausbeutung eine wirtschaftliche Entwicklung aller Länder auf jenes Wohlstandsniveau, das wir gegenwärtig haben und genießen, nicht zulassen. Angesichts dieser Situation wird von uns – im Interesse eines lebenswürdigen Überlebens der Menschheit – eine einschneidende Veränderung unserer Lebensmuster, eine drastische Wandlung unserer wirtschaftlichen und sozialen Lebensprioritäten verlangt [...]. Es werden uns neue Orientierungen unserer Interessen und Leistungsziele, aber auch neue Formen der Selbstbescheidung, gewissermaßen der *kollektiven Aszese* abverlangt. Werden wir die in dieser Situation enthaltene Zumutung aggressionsfrei verarbeiten können? (*Unsere Hoffnung*, IV, 4: Für eine lebenswürdige Zukunft der Menschheit; Hervorhebung B. K.)

In mehrfacher Hinsicht macht dieser Text auf das kritische Potenzial aufmerksam, das Christinnen und Christen heute in den Diskurs einzubringen hätten:

1. Entlarvung unserer imperialen Lebensweise

Soziale Gerechtigkeit wird hier global durchbuchstabiert. Der universale Wert der Gerechtigkeit hebt sich selbst auf, sobald man ihn sozialchauvinistisch verkürzt und ausblendet, dass die reichen Industrieländer – ungeachtet des sozialen Gefälles in ihrem Inneren – insgesamt von einem weltweiten Ausplünderungsregime, von der einseitigen Aneignung von Ressourcen profitieren – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Diese *imperiale Lebensweise* (Uli Brand, Markus Wissen) hat sich in unser Alltagsbewusstsein, in unsere Mentalität, in die eingeschliffenen Konsummuster einer breiten Bevölkerungsmehrheit eingefräst. Das stillschweigende Einverständnis damit erstickt jede systemkritische Haltung im Keim. Insbesondere die organisierte Arbeitnehmerschaft hierzulande ist fest eingebunden in das globale Ausplünderungsregime. Ihre abhängige Position innerhalb unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems ist um ein Vielfaches überkompensiert von der einseitigen Ressourcenaneignung auf globaler Ebene. Die ritualisierten Tarifaueinandersetzungen verdecken die Komplizenschaft zwischen Kapital und Arbeit innerhalb dieses globalen Ausplünderungsregimes. Der Synodentext macht deutlich darauf aufmerksam, dass unser „Wohlstand“ nicht universalisierbar, nicht verallgemeinerbar ist. Universalisierbarkeit ist nun aber der ethische Maßstab, an dem sich jeder Anspruch, jedes „Bedürfnis“, messen lassen muss.

Die gesellschaftliche Linke hat heute ihre eigene internationalistische Tradition – etwa im Sinne einer Rosa Luxemburg – weitgehend vergessen. Jenseits von verbalen Solidaritätsadressen würde die viel beschworene internationale Solidarität vor allem bedeuten, die eigene Situation konsequent aus der Perspektive des globalen Südens wahrzunehmen. Diese Selbstvergessenheit des linken Spektrums ist auf allen Ebenen wahrnehmbar: Auf akademischer Ebene wird es etwa repräsentiert von Soziologen, die sich selbst mit dem Prädikat „ökosozialistisch“ schmücken, die Arbeiter in den USA und Europa als die wahren Opfer deklarieren und ihnen angesichts der unvermeidlichen ökologischen Transformation Besitzstandswahrung verheißen (Klaus Dörre). Innerhalb der Parteienlandschaft äußert sich

diese Selbstvergessenheit der Linken in populistischen Tendenzen, die den Wohlstand innerhalb der reichen Industrieländer gerecht verteilen wollen, die Kehrseite dieses Wohlstands im globalen Süden aber konsequent ausblenden. Auch die orthodoxen linken Organisationen teilen im Wesentlichen strategisch dieses Verständnis. ChristInnen haben in den letzten Jahrzehnten einen ökumenischen Lernprozess durchgemacht, nicht zuletzt aufgrund der Rezeption der unterschiedlichen Befreiungstheologien aus dem globalen Süden. Dieses kritische Potenzial wäre nun dringend in den gesellschaftlichen Diskurs der Linken einzubringen. Letzterer ist das Beste an ihrer eigenen Tradition in Erinnerung zu rufen. Wichtig ist das nicht zuletzt aufgrund des sich abzeichnenden neuen Imperialismus unter grünem Vorzeichen. Die bei uns vorangetriebene (vorgebliche) Energiewende ist essenziell auf Ressourcen aus dem globalen Süden angewiesen. Das betrifft nicht nur bestimmte Metalle, sogenannte „seltene Erden“ etc., sondern unter anderem auch den „Champagner der Energiewende“, Wasserstoff. Eine Dekarbonisierung unserer Ökonomie auf dem heutigen Niveau würde massive Wasserstoffimporte aus aller Welt voraussetzen. Derzeit werden Projekte verfolgt, die an den Bedürfnissen der betreffenden Länder vorbei unsere Industriestandorte sichern sollen. So etwa hat man die sonnen- und windreichen Regionen des afrikanischen Kontinents dafür im Fokus. Die Produktion grünen Wasserstoffs hat aber neben Sonne und Wind eine Ressource zur Voraussetzung, die gerade in diesen Regionen äußerst knapp ist, nämlich Süßwasser. Leider gibt es zurzeit keine nennenswerten Kräfte innerhalb der gesellschaftlichen Linken, die diesen Preis der Dekarbonisierung unserer Industriegesellschaften klar benennen. Mit der insgeheimen Einwilligung in unser Produktions- und Konsumniveau willigen sie stillschweigend in die permanente Demütigung der Armen ein, die nach Auffassung der von der Befreiungstheologie inspirierten Soziallehre der katholischen Kirche das Kriterium schlechthin für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben sind.

2. System change heißt industrielle Abrüstung

Der Mainstream der heutigen Klimagerechtigkeitsbewegung – einschließlich ihres radikalisierten Teils – reduziert heute die ökologische Transformation auf ein rein technisches Problem, vor allem auf einen raschen Ausbau erneuerbarer Energien. Die Techniken seien – so heißt es fast durchgehend auf allen Fridays-Demos – bereits vorhanden, es gelte sie nun nur rasch genug umzusetzen. Ausgeblendet wird dabei, dass erneuerbare Energien nicht unerschöpflich sind, dass auch sie ein recht begrenztes Potenzial haben, dass ihre Bereitstellung bislang nur auf fossiler Basis erfolgen konnte und dass eine Umstellung auf 100 % erneuerbare Energien nur bedeuten kann, dass wir unter dem Strich mit wesentlich weniger Nettoenergie auskommen werden müssen. Ausgeblendet wird, mit welchem energetischen Input und mit welchem Rohstoffverbrauch die Bereitstellung erneuerbarer Energien verbunden ist. Ausgeblendet wird, dass es in vielen Fällen höchst zweifelhaft ist, ob bei einer ehrlichen Bilanzierung erneuerbare Energien in vielen Regionen tatsächlich eine positive Energiebilanz aufweisen. Dekarbonisierung bei uns kann nur bedeuten, dass sie Hand in Hand gehen muss mit einer drastischen Reduzierung des Verbrauchs selbst. Zumindest in den Industrieländern geht es nicht einfach um ökologischen Umbau, sondern vielmehr um industriellen Rückbau, um einen radikalen Schrumpfungsprozess unserer Ökonomie. Das orthodoxe linke Spektrum hat unsere ökologische Krise gern als zusätzliches Argument für die Überwindung des kapitalistischen Systems aufgegriffen. Das ist insoweit richtig, als eine nachhaltige Gesellschaft letztlich den im kapitalistischen Konkurrenzverhältnis selbst eingebauten Wachstumszwang überwinden muss. Was aber ausgeblendet wird, ist die Tatsache, dass nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Industrialismus zur Disposition steht! Dieser Gedanke ist bei Linken, die sich auf eine marxistische Tradition berufen,

überhaupt nicht verankert, waren doch ihre Gründungsväter Marx und Engels als Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts einem industriellen Produktivismus und einem zeitbedingten Technikoptimismus verhaftet, der heute nur noch als naiv anmutet. Marx und Engels betrachteten die Entwicklung der Produktivkräfte auf ihr Maximum gerade als Voraussetzung für ein anderes Gesellschaftsverhältnis. Aus heutiger Sicht gilt: Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die sozialistische Idee erhält heute – gegen Marx und Engels – eine ganz neue Plausibilität, da der erforderliche Prozess eines solidarischen Rückbaus nur in bewusster Planung erfolgen kann. Wir haben also den Marxismus vom Kopf auf die Füße zu stellen. Darauf weist uns das Wort aus dem Synodentext von der „kollektiven Aszese“ hin. Es geht wohlgemerkt nicht in erster Linie um ein individuelles Verhalten. Das Adjektiv „kollektiv“ zeigt an, dass es um eine gesellschaftliche Performance insgesamt geht.

3. Klimaschutz heißt Pazifismus heißt Klimaschutz

Seit der sogenannten „Zeitenwende“ geht ein Riss durch sämtliche zivilgesellschaftliche Kräfte, durch Kirchen, Gewerkschaften, NGOs und die traditionelle Friedensbewegung selbst. Pazifistische Positionen werden marginalisiert und verhöhnt. Nach Putins Steilvorlage ist jetzt die Gelegenheit, die militärische Durchsetzung geopolitischer Interessen wieder offen und schamlos zu propagieren. Nicht nur die parteipolitisch organisierte Linke, sondern auch das orthodoxe Spektrum verhält sich zumindest ambivalent – und das in einer Situation, in der die Gefahr eines globalen Krieges so groß ist wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr ist. Dagegen bleibt festzuhalten: Wenn wir uns noch eine geringe Chance bewahren wollen, die Zivilisationskrise der Menschheit zu bewältigen, dann müssen wir uns gleichzeitig von jeder militärischen Logik verabschieden. Militärische „Verteidigung“ wird spätestens dann absurd, wenn das, was vorgeblich verteidigt werden soll, im Zuge dieser Verteidigung zerstört wird. Die Destruktivkraft unserer Militärtechnik selbst unterhalb der Schwelle der Massenvernichtungswaffen sprengt die Verhältnismäßigkeit jeder militärischen Antwort auf eine Aggression. Das Beste, was die abendländische Tradition hervorgebracht hat, ist die Einsicht in die Unüberbietbarkeit eines jeden Menschenlebens, das keine Grenzverschiebung und kein geopolitischer Vorteil aufwiegen kann – ein höchster Wert, den man gerade nicht militärisch verteidigen kann.

Angesichts der ökologischen Notwendigkeit des industriellen Rückbaus kann die Ressourcenverschwendung durch Aufrüstung nicht mehr verantwortet werden. Sie konterkariert jede ökologische Anstrengung und bindet materielle, personelle und finanzielle Ressourcen, die dringend im Kampf um erträgliche natürliche Lebensbedingungen gebraucht werden. Die derzeitigen Konflikte, die schnell in offene Kriege münden könnten, haben eindeutige geopolitische Interessen, vor allem den Kampf um knappe Ressourcen, zum Hintergrund. Das bestätigen die regelmäßigen „Strategischen Konzepte“ der NATO ebenso wie etwa das *European Defense Paper*, das im Auftrag des europäischen Rates Szenarien für den Kampf um knapper werdende Ressourcen entwirft. Die neuen Begehrlichkeiten im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung unserer Wirtschaften führen ihrerseits zu Konkurrenzsituationen, die leicht militärisch eskalieren können. Auf der anderen Seite sind es gerade die Folgen des Klimawandels, Wasserknappheit, der drohende Zusammenbruch von Nahrungsketten etc., die in militärische Konflikte münden könnten. Angesichts dieser bedrohlichen Szenarien ist *präventive Abrüstung* das Gebot der Stunde.

Einer der stärksten Impulse der Jesusbewegung und des frühen Christentums ist die Absage an jede Form von Gewalt, das subversive Unterlaufen der Gewalt durch Gewaltlosigkeit im Sinne der Bergpredigt. Die Jesusbewegung hat damit die ambivalenten Traditionen des Ersten Testaments vereindeutigt und in eine klare Option für gewaltlosen Widerstand münden lassen. Diesen starken Impuls aus unserer Tradition gilt es, ins Säkulare zu übersetzen und in einen

für alle nachvollziehbaren Politikvorschlag zu gießen. Das Konzept der *sozialen Verteidigung* scheint die beste säkulare Entsprechung zum Geist der Bergpredigt zu sein.

Der zitierte Synodentext schließt mit der bangen Frage, ob wir die in unserer Situation enthaltene Zumutung gewaltfrei bestehen werden. Damit wird eine Gefahr benannt, die heute sehr konkrete Gestalt annimmt. Ökologische Nachhaltigkeit kann in den Industrieländern nichts anderes bedeuten als Deprivilegierung, Abschied von den als selbstverständlich angenommenen Privilegien und Annehmlichkeiten. Damit ist das Risiko der Gewaltbereitschaft nach innen und nach außen verbunden. Die Bereitschaft, die eigenen Privilegien auch unter Einsatz von Gewalt (zum Beispiel gegen Geflüchtete) zu verteidigen oder Kriege zur Sicherung unseres Wohlstands und der dafür erforderlichen Ressourcen mitzutragen, wird unter diesen Bedingungen zunehmen. Die Kirchen wären von den Quellen ihrer eigenen Tradition her darauf verwiesen, als starke zivilgesellschaftliche Kraft Alternativen zur aggressiven Selbstbehauptung der Wohlstandsgesellschaften zu stärken

4. Die Letztmotivation unseres Handelns

Im Sinne der Theologie der Befreiung unterscheide ich zwischen den konkreten politischen Optionen und der Frage nach der Letztmotivation unseres Handelns. Erstere bedürfen keiner religiös-weltanschaulichen Begründung. Sie müssen intersubjektiv vermittelbar für alle sein, die sich auf einen rationalen, humanitären Diskurs einlassen. Doch die beste Gesellschaftsanalyse garantiert das konkrete Engagement für Veränderung allein nicht. Hier kommt eine existenzielle Dimension ins Spiel, die sich nicht zwangsläufig aus einer richtigen Analyse von selbst ergibt: die Frage nach der Letztmotivation meines Engagements trotz alledem. Nur auf dieser Ebene kommt Religion, kommt die Frage nach unseren Sinnressourcen ins Spiel. Natürlich haben Religionen keinen Monopolanspruch darauf, solche Sinnressourcen bereitzustellen, aber umgekehrt gilt: Soll eine religiöse Tradition überhaupt noch relevant sein und Existenzberechtigung haben, dann nur, wenn sie sich angesichts unserer Situation als eine solche Sinnressource bewähren kann.

Wir „linke“ Christinnen und Christen haben uns gern auf das Wort Dietrich Bonhoeffers berufen, demzufolge es darauf ankäme, „dem Rad in die Speichen zu greifen“, das heißt, die ökonomischen Mechanismen und Machtstrukturen zu bekämpfen, die Menschen „unters Rad“ geraten lassen. Das gilt nach wie vor. Doch wir sind inzwischen in eine Situation geraten, in der der Verwundete bereits unter dem Rad liegt. Wir müssen uns nüchtern der Tatsache stellen, dass wir die Klimakatastrophe nicht mehr aufhalten können. Sie ist längst im Gange, unsere Restbudgets sind aufgebraucht, und aufgrund des „nachholenden Effekts“ würde die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre selbst dann noch eine Zeitlang steigen, wenn wir die Emissionen auf Null reduzieren. Resignation wäre aber die falsche Konsequenz. Es zählt der Kampf um jedes Zehntel Grad, weil eben jedes Zehntel Grad einen Unterschied in den Katastrophenszenarien bewirkt. Dennoch wird der Schwerpunkt unseres Handelns in den nächsten Jahrzehnten Katastrophenhilfe sein müssen, Abmilderung von schlimmen Folgen für Menschen, der Kampf um die Aufnahme von Flüchtenden aus Gegenden, die keine erträglichen Lebensbedingungen mehr bieten, angesichts der zu erwartenden gesellschaftlichen Konflikte Humanität verteidigen, etc. Als junger, politisch engagierter Theologiestudent ging ich davon aus, dass es uns in einem für mich biografisch relevanten Zeitraum gelingt, eine qualitativ andere Gesellschaft zu erkämpfen, eine solidarische Gesellschaft, irgendeine Gestalt von Sozialismus. Nun sind wir in eine Situation geraten, in der es nur noch gilt, das Schlimmste zu verhindern. Wir sind nicht mehr vom messianischen Wind unter den Flügeln getragen, von der Aussicht auf eine attraktive innerweltliche Utopie. Die letzte innerweltliche Rückversicherung fällt nun aus. Pascals Wette gilt nicht mehr ... Was lässt uns dennoch das Notwendige tun? Für mich als Christ ist es der Ernstfall unserer

eschatologischen Hoffnung, die uns auch ohne Rückendeckung innerweltlicher Erfolge darauf vertrauen lässt, dass jeder Akt der Humanität, jede Eindämmung von Katastrophen, jede Verteidigung von purer Menschlichkeit auch angesichts eines innerweltlichen Scheiterns nicht vergebens ist, sondern aufgehoben bei dem Gott, der uns Leben in Überfülle verheißen hat. Das sage ich mit großem Respekt vor all jenen GenossInnen und MitstreiterInnen, die das, was den Menschen als solchen auszeichnet, gerade darin erkennen, dass wir im Wissen um die letztendliche Vergeblichkeit unseres Tuns, im Wissen um den brüchigen Boden, auf dem wir stehen, wahres Menschsein verwirklichen. „Wir müssen uns Sisyphus als einen glücklichen Menschen vorstellen.“ (Albert Camus)

Bruno Kern